

## **Antrag**

**der Abgeordneten Sandro Kappe, Dr. Anke Frieling, Ralf Niedmers,  
Dennis Thering, Eckard Graage, Thilo Kleibauer (CDU) und Fraktion**

**Betr.: Die Risikogruppen der Hamburger Bevölkerung effektiv bei Hitzewellen  
schützen – Hitzeaktionsplan jetzt vorantreiben!**

Den CDU-Antrag zum Aufstellen eines Hitzeaktionsplans (Drs. 22/8121) hat die Bürgerschaft ohne Begründung abgelehnt. Der Senat argumentiert in der darauffolgenden SKA-Antwort (Drs. 22/8953) im Subtext, dass er fünf Jahre Zeit hätte. Schließlich sei in der 93. Gesundheitsministerkonferenz im Oktober 2020 ein Fünfjahreszeitraum für das Aufstellen von Hitzeaktionsplänen beschlossen worden.

Allerdings fußt der Beschluss der GMK 2020 auf Handlungsempfehlungen einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Erarbeitung von Hitzeaktionsplänen aus März 2017. Das ist fünfeinhalb Jahre her. Die CDU-Fraktion fragt sich daher, ob dem Senat der Gesundheitsschutz der Bevölkerung, insbesondere der Schutz vor Hitze und UV-Strahlung, tatsächlich wichtig ist.

Der Senat treibt nach eigener Aussage die Entwicklung des Stadtgrüns als Hitzeschutzmaßnahme voran. Fakt ist: Der Baumverlust innerhalb Hamburgs Stadtgrenzen beträgt seit 2015 mindestens 24.903. Vermeintliche Erfolgsmeldungen des Senats zur Stagnation des Straßenbaumverlustes bilden nicht die Realität ab. Bäume auf Privatgrund sind aufgrund ihrer vielfältigen Wohlfahrtswirkungen, auch des Hitzeschutzes, genauso wichtig wie Straßenbäume. Auch den Waldverlust konnte der Senat bisher nicht effektiv bekämpfen. Das Ziel, 1 Hektar zusätzlichen Wald pro Bezirk zu pflanzen, scheint auch ad acta gelegt zu sein. Mit der Gebäudebegrünung wurden ebenso keine weitreichenden Fortschritte erzielt.

Dass körperlich hart und im Freien arbeitende Menschen, beispielsweise Bauarbeiter, zu den Risikogruppen bei starker Hitze gehören, scheint den Senat nicht zu interessieren. Schließlich gäbe es ja Hinweise der BG Bau zum Hitzeschutz. Bauunternehmen oder auch die Deutsche Post (Briefträger, Paketboten), zumindest über die Medien, bei Beginn einer Hitzewelle darauf aufmerksam zu machen, kulante Regelungen zum Hitzeschutz zu realisieren, hält der Senat nicht für nötig. Dabei sind es die Bauarbeiter, die die vielen Veloroutenprojekte des Senats umsetzen und dafür wenigstens das öffentliche Pochen auf den Arbeitsschutz verdienen.

Eine behördenübergreifende Koordinierungsstelle befände sich im Aufbau, wann sie voraussichtlich einsatzbereit ist, gibt der Senat nicht preis.

Statt Cooling-Center einzurichten für Personen, deren Wohnungen und/oder Arbeitsplätze nicht hitzegeschützt sind, empfiehlt der Senat den Besuch im Tierpark Hagenbeck oder in Kühlabteilungen von Supermärkten zu verbleiben. Obdachlose sollen sich im Internet informieren. Den Trinkwasserbedarf sollen Menschen über öffentliche Trinkwasserspender decken, die jedoch größtenteils nur in der inneren Stadt zur Verfügung stehen und auch dort nur in geringer Anzahl. Zum Beispiel Obdachlose in Wandsbek können ihren erhöhten Trinkwasserbedarf während der Hitzewellen so nicht decken.

Es sind keine ausreichenden Bemühungen des Senats zu erkennen, die auf die Realisierung eines schlagkräftigen Hitzeaktionsplans schließen lassen. Bisher wurde zu langsam und zu zurückhaltend agiert. Die CDU-Fraktion fordert vom Senat, endlich aktiv zu werden. Die nächsten Hitzewellen, die insbesondere für die Risikogruppen gesundheitsgefährdend sind, bis hin zum Risiko des Versterbens, sollen die Stadt Hamburg nicht noch einmal so unvorbereitet treffen.

**Die Bürgerschaft möge daher beschließen:**

**Der Senat wird ersucht,**

1. Hitzewarnungen des Deutschen Wetterdienstes eigenständig an Einrichtungen wie Kindergärten, Pflege- und Senioreneinrichtungen, Schulen oder Behinderteneinrichtungen von Hamburger Behörden zu kommunizieren;
2. die Einrichtung einer zentralen, behördenübergreifenden Koordinierungsstelle für Hitzesituationen schnellstmöglich zum Abschluss zu bringen;
3. in Zusammenarbeit mit den Tagesaufenthaltsstätten und weiteren Einrichtungen für Obdachlose sicherzustellen, dass diesen Trinkwasser in Plastikflaschen und Sonnencreme bei Hitzewellen ausgegeben wird;
4. in Quartieren, die besonders wenig hitzeresistent sind, öffentliche Cooling-Center einzurichten;
5. ein Monitoring einzurichten, um Daten über die gesundheitlichen Auswirkungen von Hitzewellen in Hamburg zu sammeln und zu eruieren;
6. die Anzahl der öffentlichen Trinkwasserspender schneller erheblich zu erhöhen (siehe CDU-Antrag Drs. 22/9014);
7. der Bürgerschaft ist entsprechend bis zum 31.12.2022 zu berichten.